Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum **voraus zahlbaren** Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 23.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

3. Juni 1887.

Um Krieg und Frieden.

Zur Zeit der Septennatshetze brachte die Berliner „Post", Bismarck's unverantwortlicher Moniteur, einen Alarmartikel über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, betitelt „Auf des Messers Schneide." Kein Mensch war darüber im Zweifel, zu welch' schmutzigem Manöver der Artikel in jenem Augenblick bestimmt war, trotzdem erfüllte er seinen Zweck. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil kein Mensch mehr daran zweifelt, daß in der That die politische Situation auf's Aeußerste gespannt ist, weil wirklich die Entscheidung über Krieg und Frieden „auf des Messers Schneide" steht.

Diese Ueberzeugung ist heute bereits so allgemein geworden, daß es fast überflüssig erscheint, irgend ein Argument des Beweises dafür anzuführen. Zum Ueberfluß haben jedoch die Ereignisse der letzten Tage aufs Neue gezeigt, wie nahe jeden Augenblick die Eventualität eines Krieges ist, so daß es wohl nöthig erscheint, immer und immer wieder auf dieses, für die Geschicke der europäischen Völker so verhängnißvolle Thema zurückzukommen.

Ist der Krieg in der That unvermeidbar?

Traurig, daß man in unserm aufgeklärten Jahrhundert diese Frage noch aufwerfen, noch als denkbar zulassen muß, daß irgend eine Streitfrage zwischen den Nationen nicht unbedingt auf friedlichem Wege gelöst werden kann.

Aber dem ist nun einmal so und wird auch so bleiben, solange die heutigen Regierungssysteme und die ihnen zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Einrichtungen bestehen. Wir haben also bei unseren Betrachtungen auch deren Existenz vorauszusetzen, wollen wir nicht ins Blaue hinein phantasiren.

Als unvermeidbar kann man einen Krieg sicher nur dann betrachten, wenn erstens eine von beiden Parteien oder beide ihn absolut **wollen**. Das mag nun bei einzelnen Leuten in Deutschland und in Frankreich der Fall sein — von der großen Masse des Volkes gilt es weder hüben noch drüben. Von vereinzelten, durch systematische Kriegshetzer fanatisirten Elementen abgesehen, will weder das deutsche noch das französische Volk den Krieg. Oder zweitens, wenn für eine oder beide Nationen **Lebensfragen** auf dem Spiel stehen, über die sie sich friedlich nicht einigen können. Ist dies nun gegenwärtig der Fall? Für Deutschland sicherlich nicht, denn Frankreich hindert es in seiner Fortentwicklung in keiner Weise. Für Frankreich? Die Beantwortung hängt davon ab, ob man den Besitz von Elsaß-Lothringen als eine Lebensfrage für Frankreich betrachtet.

Bismarck selbst hat die Frage **bejaht**. Wiederholt hat er im Reichstag erklärt, daß 1871 Elsaß-Lothringen wesentlich aus **militärischen** Gründen annektirt worden sei und nicht mit Rücksicht auf die, übrigens zum Theil sehr problematische, Stammverwandtschaft mit den elsaß-lothringischen „Brüdern". Aus militärischen Gründen, d. h. weil der Besitz der beiden Provinzen, und insbesondere von Metz, dem deutschen Reiche im Kriegsfall einen Vortheil gegen Frankreich sichert, und zwar, wie ein Blick auf die Karte zeigt, einen ganz immensen Vortheil. Von Metz nach Paris sind ca. 250 Kilom., von Nancy nach Berlin ca. 650. Solange die heutigen Verhältnisse bestehen, werden die Franzosen schon durch den Selbsterhaltungstrieb gezwungen sein, nach dem Wiedergewinn von Elsaß-Lothringen zu trachten. Und wenn man hier von moralischen Faktoren reden darf, so geben ihnen die Wahlziffern aus Elsaß-Lothringen, sowie die Maßnahmen der deutschen Regierung daselbst auch ein moralisches Recht darauf.

Das mag sehr unpatriotisch klingen, aber es ist die **Wahrheit**. Und diese zu verheimlichen oder zu vertuschen, ist unseres Erachtens der schlimmste Dienst, den man dem deutschen Volk leisten kann. Wir halten es daher auch für grundfalsch, wenn Blätter, die sich sonst von aller Bismärckerei fernhalten, sobald auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, und insbesondere auf Elsaß-Lothringen die Rede kommt, der Bismarck'schen Politik, die sie doch nicht billigen, die Stange halten. Dadurch leisten sie ihr auch auf andern Gebieten Vorschub.

Darüber kann doch unter vernünftigen Menschen kein Zweifel bestehen, daß die gegenwärtige politische Spannung eine Folge ist der durch den Krieg von 1870—71 und insbesondere die Annexion von Elsaß-Lothringen geschaffenen Situation. Billigt man diese, so wird man auch ihre Konsequenzen mit in den Kauf nehmen müssen. Wer aber einsieht, daß die Annexion von Elsaß-Lothringen ein Unrecht war, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, der muß auch den Muth haben, dafür einzutreten, daß dieses Unrecht als solches anerkannt werde. Es ist die einzige Möglichkeit, wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Nachbarvölkern herzustellen.

Nehmen wir einmal an, Schweden hätte einen siegreichen Krieg mit Preußen geführt und ihm, gestützt auf seinen früheren Besitztitel, ganz Vorpommern und Rügen fortgenommen und wirthschafte dort jetzt so wie die deutsche Reichsregierung in den Reichslanden, die Pommern aber gäben bei jeder Gelegenheit zu erkennen, daß sie keine Schweden sein wollen. Würde nicht der Gedanke der Rückerwerbung Pommerns die ganze deutsche Politik beherrschen?

So liegen die Dinge heute in Frankreich. Den Franzosen muß die Wegnahme der beiden Provinzen umsomehr als ein bitteres Unrecht erscheinen, als dieselbe ganz ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung derselben erfolgt war, diese vielmehr noch heute wie erobertes Feindesland behandelt werden. Die Thatsache, daß heute, nach 16 Jahren, die Reichslande noch unter **Diktatur** stehen, und gar keine Aussicht auf Aufhebung derselben besteht, spricht das entscheidende Urtheil über die Annexion. War 1870—71, im nationalen Siegesrausch, ein Irrthum darüber noch möglich, so ist er heute absolut ausgeschlossen.

Vorige Woche brachte die Berliner „Volkszeitung", anläßlich der Enthüllungen des Generals Leflô, zwei Artikel: „Frankreich und Rußland" und „Die russische Hegemoni" (Vorherrschaft), in denen sie sich in den schärfsten Ausdrücken über die „Selbstdemüthigung" der französischen Republik gegenüber dem zarischen Despoten ergeht.

Gewiß, das Handinhandgehen der „Erben von 1792" mit dem halbasiatischen Vertreter des Absolutismus ist ein sehr unerquickliches Schauspiel. Aber die „Volkszeitung" kann doch nicht leugnen, daß, wenn 1875 General Leflô und der damalige französische Minister des Aeußern sich in „würdelosem Gewinsel" vor dem Zaren „gekrümmt" — in einfaches Deutsch übersetzt: um Rußlands Unterstützung gegen weitere Angriffe von deutscher Seite nachgesucht haben, sie durch die Drohartikel der Bismarck'schen Reptilien (die „Volkszeitung" erinnert selbst an die „Krieg-in-Sicht"-Artikel der „Post") dazu hinlänglich veranlaßt worden sind. Uebrigens ist es doch ziemlich pharisäerhaft, den Franzosen etwas vorzuwerfen, was von Seiten der Lenker der deutschen Politik um kein Haar weniger häufig und weniger devot geschieht. Die russisch-französische „Allianz" ist nichts als die natürliche Folge der Bismarck'schen Annexionspolitik von 1871.

Die russisch-französische „Allianz" aber heißt eben fortgesetztes fieberhaftes Rüsten hüben wie drüben, bis schließlich, nach Moltke's Wort, der Krieg unvermeidlich wird, weil die Friedenslast unerträglich geworden. Auf beiden Seiten ist man sich dessen wohl bewußt, daß der Krieg wahrscheinlich in jeder Beziehung mehr Opfer kosten wird als irgend ein früherer, daß es ein Kampf werden wird „bis auf's Messer", auf beiden Seiten fürchtet man sich daher, ihn zu beginnen, und doch erweist er sich unabwendbar, weil Niemand an die Aufrechterhaltung des Friedens glaubt.

Das ist die glänzende Alternative, vor welche die Weisheit seiner Regierer das deutsche Volk gestellt: Ein unerträglicher Friede oder ein blutiger Krieg, von dem man nicht einmal erwarten kann, daß er wenigstens bessere Zustände bringen wird, oder von dem man vielmehr mit ziemlicher Sicherheit voraussagen kann, daß er jedenfalls dann keine Besserung der Zustände im Gefolge haben wird, wenn Deutschland Sieger bleibt. Denn mag Bismarck dann Frankreich noch so sehr „schröpfen", aus der Welt schaffen wird er es dadurch doch nicht — er wird den patriotischen Fanatismus nur noch mehr steigern, über kurz oder lang Deutschland vor genau dieselbe Situation stellen wie zuvor.

Eine wirkliche Lösung des Konflikts, ein wirklich dauerhafter Friede ist nur möglich auf der Basis des **Selbstbestimmungsrechtes der Völker**. Alles Jammern über die gegenwärtige traurige Situation ist müssig, solange man nicht entschlossen ist, ihm wiederum zur Anerkennung zu verhelfen. Man macht sich zum Mitschuldigen begangenen Unrechts, wenn man sich bereit erklärt, unter allen Umständen für die Aufrechterhaltung des nun einmal Geschehenen einzustehen.

Eine ernsthafte Agitation für den Frieden muß den Bruch mit dem Eroberungsrecht als ersten Punkt ihres Programms voransetzen, sonst ist sie von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurtheilt. Sie muß den Muth haben, mit allem zu brechen, was heute in Deutschland als Inbegriff des Patriotismus und der nationalen Gesinnung gilt. Sie muß den Muth haben, „reichsfeindlich" zu sein, oder sie wird gegenstandslos sein.

Will das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit von einer solchen Friedensagitation nichts wissen, nun, so wird es eben die Konsequenzen der jetzigen „nationalen" Politik zu tragen haben. Es wird dann durch den Schaden belehrt werden, daß Diejenigen, die man heute als unpraktische Doktrinärs verspottet, schließlich doch Recht behalten, wie ja auch bisher die Ereignisse ihnen Recht gegeben.

Schon hat sich das famose: „Wer den Frieden will, rüste sich zum Krieg" in seiner völligen Unrichtigkeit erwiesen, hat sich gezeigt, daß, wer zum Kriege rüstet, auch den Krieg provozirt.

Nur so weiter auf der betretenen Bahn, und die zwingende Gewalt der Thatsachen wird den Völkern die Lehre ertheilen, daß es nur **eine** Garantie des Friedens gibt, und diese heißt **Gerechtigkeit**.

Für diese ist aber im Reiche der Bismarck keine Stätte, wie im Reiche der Gerechtigkeit ein Bismarck undenkbar ist.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 1. Juni 1887.

— **An Brutalität wie an Heuchelei** übertrifft das Bismarck'sche Kaiserreich das Bas-Empire des kleinen und sehr zweifelhaften Napoleon in jeder Beziehung. Dieses Hinausgehen der Kopie über das Original haben wir schon wiederholt anerkannt. Von der **Brutalität** wollen wir jetzt nicht sprechen, blos auf die Thaten der deutschen Reichs'pitzelbande hinweisen, die an roher Gewaltthätigkeit die kaiserliche Polizei des Dezemberhelden thurmhoch überragt.

Die widerlichste Erscheinung ist die phänomenale **Verlogenheit** und **Heuchelei** unserer Machthaber und ihrer Trabanten. Die Phrase: „Das Kaiserreich ist der Friede" ist bloßes Plagiat, soll also hier gar nicht in Betracht kommen. Aber wenn „Badinguet"*) auch den Namen Gottes, die Tugend, das Wohl des Volkes u. s. w. im Munde führte, so that er es doch mit einer gewissen Mäßigung, er klebte die dicke Schminke der Heuchelei nur bei großen Gelegenheiten auf, und gab sich im Uebrigen nicht für etwas Anderes aus, als er in Wirklichkeit war — wenigstens nicht für einen Tugendhelden und nicht für einen Heiligen. Anders unsere Bismarcke, Puttkamer und wie sie sonst heißen mögen. Jedes Attentat an der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, welches sie begehen — und welcher Tag verstriche, ohne daß sie eins oder mehrere begingen? — wird mit irgend einem Lobgesang auf die Menschlichkeit und Gerechtigkeit akkompagnirt — und der liebe Herrgott, und die christliche Liebe und die fromme Zärtlichkeit für den „armen Mann", den sie schamlos ausrauben, träufeln unablässig aus dem Munde dieser zynischen Gesellen. Sie verehren in Worten, was sie in der That schnöde mit Füßen treten, und sie treiben sogar die Schamlosigkeit soweit, sich als Begründer der **Freiheit** und als **Ritter vom Geiste** hinzustellen, ja — man höre, und sei empört ob dieser frechen Majestätsbeleidigung an einem der lichtesten deutschen Freiheitshelden — sich aufzuspielen als Testamentsvollstrecker **Ulrich's von Hutten!**

Ist das möglich? fragt sicher der Eine oder Andere.

Es ist nicht blos möglich, es ist **wahr**.

Es ist die reine Wahrheit, die buchstäbliche Wahrheit. Und die Sache verhält sich so:

In Berlin hat man bekanntlich nicht blos eine hohenzollernsche („intelligenzstaatliche") **Wissenschaft** gezüchtet (Sybel, Treitschke und wie das Volk sonst heißt), sondern auch eine hohenzollernsche **Poesie**. Der hohenzollern'sche Oberpoet — der poeta laureatus des neudeutschen Streber- und Feldwebelthums — heißt **Wildenbruch**, wenn wir nicht irren, **von Wildenbruch**.

Schiller'sches Pathos, in Körner'scher Verwässerung mit preußischem Schnaps für den grassirenden Mordspatriotismus mundgerecht gemacht — das ist Wildenbruch'sche Poesie.

Wohlan, es hat sich neuerdings ein Komite gebildet zur Errichtung eines **Hutten-Sickingen-Denkmals**, und für dieses Komite und diesen Zweck hat der Hohenzollern-Dichter folgendes Gedicht gedichtet:

Hutten's letztes Lied
(auf der Insel Ufnau im Züricher See).

O du Berg, o du Thal, Luft, Wasser und Land,
Du im fluthenden See hell flimmerndes Licht,
Du erhabne Natur, du bist herrlich und hehr,
Nur mein Deutschland, mein Deutschland bist du nicht.

O du Athem des Himmels, tief brausender Wind,
Wandre fort und hinaus auf stürmendem Fuß,
Bis du kommst an das Land, das das deutsche sich nennt,
Dem verkünde mein Wort, dem bestelle den Gruß.

Einen letzten Gruß von dem sterbenden Mann,
Dem das Herz zerbricht in Kummer und Groll,
Weil der Heimath heiliger Boden nicht
Den müden Leib ihm umfangen soll.

Du umarme das Volk, für das ich ertrug
Der Lästerzunge vergifteten Stich,
Und sage ihm: Hutten's letztes Gebet,
Du deutsches Volk, war ein Segen auf dich.

Und sag' ihm, daß Hutten's umnachteten Blick
Ein letzter Schimmer der Hoffnung umwob,
Weil er hörte den Sang, den zu Wittenberg
Die Nachtigal süß zum Himmel erhob.

Weil den Tag er geseh'n, der den Frühling gebar,
Da im alten Deutschland ein junges Geschlecht
Aufstand für der Wahrheit urewige Macht,
Für der Menschen-Seele altheiliges Recht.

Du erinnre das Volk, wie von Zinnen des Thurms
Der Thürmer den Weckruf erhob in die Nacht;
„Ich hab' es gewagt", so wagt es auch Ihr;
Die Nacht ist um, und der Geist ist erwacht!

O du deutsches Land, du Seele der Welt,
Du Herz der Menschheit — ich muß nun geh'n,
Du aber mein Land, mein heiliges Land,
Wirst bleiben und blühn und in Herrlichkeit steh'n!

So wende dereinst, wenn die Zeit sich erfüllt,
Zum vertriebenen Sohne dein Angesicht,
Daß mein ruhloses Herz entschlumm're im Trost:
Deutschland vergißt seinen Hutten nicht.

Der „Dichter" knüpft an dieses Lied folgenden Aufruf:

„Ein Denkmal soll errichtet werden für Ulrich von Hutten; noch aber fehlen die Mittel zur Vollendung des Werkes. Deutschland vergiß deinen Hutten nicht! Männer und Frauen heran! Trotz

*) Spitzname Napoleon's des „Dritten" und Letzten. Der Maurer, in dessen Kleidern er aus der Festung Ham entfloh, soll so geheißen haben.

Euer Scherflein herzu für einen der edelsten Söhne des deutschen Landes! Ernst v. Wildenbruch."

Ehe wir weiter gehen, müssen wir uns das Denkmal-Komite noch ansehen. Es besteht aus den Herren Professor Dr. — Gneist und dessen Gesinnungsgenossen Cuny, Abgeordneter für Kreuznach, wo das Denkmal aufgestellt werden soll.

Und das obige Gedicht wird von der gesammten Reptilienpresse abgedruckt. Am Himmelfahrtstag stand es im „Leipziger Tageblatt" — ohne Kommentar.

Also Hutten soll ein Denkmal errichtet werden!

Schön! Wir können es nur wünschen. Denn Hutten war ein Rebell, ein Revolutionär, ein Vorkämpfer der geistigen Freiheit und der sozialen Emanzipation, ein Feind der Pfaffen und Despoten, ein Freund der aufständischen Bauern — kurz, für seine Zeit ein Sozialdemokrat.

Allein wir Sozialdemokraten sind nicht in der Lage, Hutten ein Denkmal von Erz und Stein setzen zu können. Wir setzen ihm ein besseres Denkmal, indem wir sein Werk vollenden. Und weil wir Nachfolger Hutten's sind, weil wir in seinem Geist handeln, werden wir verfolgt — grade wie weiland Hutten verfolgt und gehetzt wurde — und werden verfolgt und gehetzt von denselben Personen und Parteien, die jetzt Hutten ein Denkmal setzen wollen.

Ist das nicht der Gipfel der Heuchelei?

Ob dieser Gneist, „der Alles beweisen kann", nicht mit einem Gedanken daran gedacht hat, daß, wenn Hutten heute lebte, er unter dasselbe infame Sozialistengesetz fallen würde, zu dessen Urhebern und Geburtshelfern Herr Gneist gehört?

Und ob der Hohenzollern-Dichter Wildenbruch, dessen Versfüße dahintrampeln wie die Füße gedrillter preußischer Soldaten — ob der Hohenzollern-Dichter Wildenbruch mit keinem poetischen oder unpoetischen Gedanken daran gedacht hat, daß jetzt in der Schweiz und in anderen ausländischen Staaten Tausende und Abertausende von Hutten leben — das heißt Tausende und Abertausende von Männern, die von den deutschen Gewalthabern, genau so wie Ulrich von Hutten, in die Verbannung, in das Elend getrieben worden sind, weil sie für Freiheit und Recht eintraten gegen die Unterdrückung und Willkür?

Sind das auch „edelste Söhne des deutschen Landes", Herr Hohenzollern-Dichter von Wildenbruch?

Herr von Wildenbruch wird uns die Antwort schuldig bleiben; und der Mitmacher des Sozialistengesetzes, Herr Gneist, wird fortfahren, Geld zu sammeln für das Hutten-Denkmal.

Wir aber sagen: Ihr seid elende Heuchler! Und solange Ihr in Deutschland Euer unreines Wesen treibt und aus der „Seele der Welt", dem „Herzen der Menschheit" eine Räuber- und Mördergrube macht, ist es eine Versündigung an Hutten, ihm in seiner Heimath ein Denkmal setzen zu wollen.

Wenn die Sozialdemokratie das „Nationalzuchthaus" zerstört und der Schandwirthschaft von heute, deren gleißnerische Lobredner die Wildenbruch, Gneist und Konsorten sind, das verdiente Ende bereitet hat — dann ist es Zeit, Ulrich von Hutten ein Denkmal zu setzen.

Vorher nicht.

x. **Die Sozialdemokratie ist wieder einmal in der Auflösung begriffen.** Und warum? Erstens weil in Hamburg von Sozialdemokraten eine Bäckergenossenschaft gegründet worden ist, was dem orthodoxen sozialdemokratischen Programm zuwiderläuft. Zweitens weil sich sozialdemokratische Arbeiter irgendwo gegen die Einführung gewerblicher Schiedsgerichte erklärt haben, die bekanntlich in dem Arbeiterschutzgesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gefordert wurden. Und drittens endlich, weil der „Sozialdemokrat" gegen einen Artikel des Max Schippel polemisirt.

O sancta simplicitas!

Von dem „tiefgehenden Riß", welchen der Uebelthäter Schippel „in der Partei" gemacht oder wenigstens zur Erscheinung gebracht hat, wollen wir jetzt nicht reden — wir müssen uns erst von unserem Schrecken erholen — aber ein kurzes Wort über die zwei anderen Punkte. Also — und das mögen die lieben Feinde sich ein für allemal merken — die Privatassoziation, obgleich von der Sozialdemokratie als Kardinal-Lösung der sozialen Frage verworfen, ist von den Sozialdemokraten niemals da verworfen worden, wo sie lokale Vortheile gewährte, und überhaupt für den Arbeiter Nutzen versprach. Es gibt sogar — und hier verrathen wir unseren Feinden ein bisher sorgsam gehütetes Geheimniß, aus welchem sich ihnen die vollständige Zerfahrenheit, ja bereits erfolgte Auflösung der deutschen Sozialdemokratie ergeben wird — also es gibt Sozialdemokraten, die Mitglieder von — Konsumvereinen sind. Entsetzlich aber wahr, und wenn nächstens die ganze deutsche Sozialdemokratie mit fliegenden Fahnen (die dann ein schwarzweißes Anhängsel erhalten haben werden) in das Lager der Schulze-Delitzschen überläuft, so wissen unsere lieben Feinde nach dieser Enthüllung Bescheid.

Und die gewerblichen Schiedsgerichte! Gewiß, eine höchst unsozialistische Einrichtung. Im sozialen Staat, der keine Lohnarbeit kennt, und folglich auch keinen Gegensatz zwischen Arbeitern und sogenannten Arbeitgebern — kann es natürlich auch keine Schiedsgerichte im Sinne der heutigen geben. Und überdies hat die Sozialdemokratie zu allen Zeiten sehr nachdrücklich gegen die Illusion gekämpft, daß durch Schiedsgerichte der Klassengegensatz aus der Welt geschafft werden könne. Allein mit den Schiedsgerichten geht es der Sozialdemokratie genau wie mit den Assoziationen. Wo ihr die Möglichkeit geboten wird, an der Zusammensetzung der Schiedsgerichte Theil zu nehmen, und wo dieselben auf ehrlich demokratischer Basis errichtet sind, wie z. B. in Leipzig, da betheiligt sich die Sozialdemokratie an den Wahlen zum Schiedsgericht und — befindet sich dabei sehr wohl. Kurz, die Reichstagsfraktion hat mit ihrem Arbeiterschutzgesetzentwurf, der die gewerblichen Schiedsgerichte auf demokratischer Grundlage fordert, nur im Geist und nach der Tradition der deutschen Sozialdemokratie gehandelt.

Und nun, Ihr lieben Feinde und Sozialistentödter, beglückt uns recht bald mit einem neuen „Riß".

Sapperment — ja den Schippel'schen Artikel in der „Gleichheit" haben wir ja noch nicht erledigt. Aber Verzeihung, unser Schreck — wir haben unsere fünf Sinne noch nicht ganz beisammen, wir haben uns von unserm Schrecken noch nicht erholt. Wir brauchen eine längere Bedenkzeit, zum mindesten bis zu den — griechischen Kalenden.

— **Deutsches Pharisäerthum.** Ehedem war es der Ruhm Deutschlands, allem Guten und Schönen, das das Ausland darbot, freudig Anerkennung zu zollen. Seitdem wir Deutschen aber durch Bismarck „groß" und durch Wilhelm und seinen Beichtvater fromm geworden sind, ist das anders geworden. Heute lieben wir es, als gute Christen pharisäerhaft über das Ausland zu schimpfen. „Wir danken Dir, unser Herrgott, daß wir nicht sind wie jene da," ist die Parole. Spricht ein Deutscher von England, so ist das zweite Wort „Loyalitätsheuchelei", „Frömmigkeitsheuchelei, Prüderie", obwohl in allen diesen Punkten es in Deutschland zehntausendmal schlimmer steht' als in England. Die Franzosen sind sittlich verkommen, während in Deutschland Moral und gute Sitte herrscht, trotzdem ein Skandalprozeß aus der „besseren" Gesellschaft den andern überbietet; und in Amerika — herrscht der Dollar, von dem der tugendhafte Deutsche nämlich absolut nichts wissen will. „Wenn man ein Kulturbild von dem reichen Lande der Vereinigten Staaten entwerfen will" — so lasen wir jüngst in einem Artikel der Münchener „Allgemeinen Zeitung" — „so findet man die Industrie im Vordergrunde, die Wissenschaft und die öffentliche Moral aber ganz im Hintergrunde. Die Industrie dieses Landes ist in der That immens, sie nimmt aber auch die gesammte physische und geistige Thätigkeit der Bevölkerung in Anspruch. Der „Dollar" ist das Endziel aller Thätigkeit." Das ist einfach nicht wahr — oder vielmehr nur so weit wahr, als in allen kapitalistischen Ländern, Deutschland in keiner Weise ausgenommen. Ueberall steht die „Industrie", die Jagd nach dem Profit, im Vordergrunde, und schimpflichere Preisgebungen der öffentlichen Moral zu Gunsten des Profits, als sie der deutsche Reichstag in diesen Tagen wieder bei Berathung der Schnapssteuer und des Kunstbuttergesetzes gesehen, kommen auch in Amerika nicht vor. Der Unterschied ist höchstens, daß die großen Reichthümer in Amerika neueren Datums sind als Europa, es findet sich weniger durch den Einfluß der Jahrhunderte, durch Grafen und Fürstenkronen geheiligter Raub. Es hat drüben weniger angestammte Nabobs — im übrigen sind die Gould, Vanderbilt 2c. in ihrer Art nicht schlimmer als die Herzöge von Ratibor, Ujest 2c., die Herren von Thiele-Winkler, die Freiherren von Wiebach u. s. w., u. s. w., die die Klinke der Gesetzgebung trotz dem geriebensten Börsengauner zu Gunsten ihrer Geldsäcke zu handhaben verstehen.

Und was schließlich die Wissenschaften anbetrifft, so hat Amerika im Verhältniß seiner Jugend schon weit mehr für dieselben gethan als irgend ein europäischer Staat. Es hat glänzend ausgestattete Akademien — ja wir möchten sagen, in keinem Land ist man so freigebig in dieser Beziehung als in Amerika. Daß es an derben Schattenseiten drüben nicht fehlt, soll nicht geleugnet werden, wenn man aber weiß, wie in Deutschland in Bezug auf wirklich kulturelle Aufgaben geknausert wird, wie z. B. die Universität der Haupt- und Residenzstadt Berlin jahrelang vergeblich darum petitionirte, ihre pathologischen und physiologischen Laboratorien einigermaßen auf den Stand der Erfordernisse der Zeit zu setzen, wie es erst der französischen Milliarden bedurfte, bis dem Stande ein Ende gemacht wurde, dann kann man nur Ekel empfinden vor solchen pharisäerhaften Angriffen auf das Ausland wie der obige, der obendrein unter den vielen dieser Genres noch einer der maßvolleren ist.

— **„Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo"** — das scheint nach grade die Parole der „Frankfurter Zeitung" beim Engagement ihres Auslandskorrespondenten zu sein. Wir haben das reaktionäre Gebahren der Pariser Korrespondenten des volksparteilichen Hauptblattes schon wiederholt zu kennzeichnen gehabt, und wenn auch der famose Gitter-korrespondent das Feld hat räumen müssen (wenigstens ist seine Chiffre jetzt verschwunden), so ist das System doch noch das gleiche — der Heuler sind wir los, die Heuler sind geblieben. Einen Korrespondenten, der den Gang der Dinge in Frankreich vom demokratischen Standpunkt aus behandelte, wird man in der „Frankfurter Zeitung" vergeblich suchen.

Alles andere, nur kein Demokrat, ist auch der Amsterdamer Korrespondent der Frankfurterin. Seine Sprache ist die eines Bourgeois und Fanatikers der „Ordnung", wie sie etwa in der „Kölnischen Zeitung", dem „Leipziger Tageblatt" oder ähnlichen Blättern am Platze wäre. Man kann den Geist eines politischen Schriftstellers an dem Gebrauch beurtheilen, den er von dem Wort „anarchistisch" macht. Anarchie und Anarchismus sind heute Bezeichnungen für eine ganz bestimmte Richtung im öffentlichen Leben, mit ausgesprochenen Zielen und einer entsprechenden Taktik. Für andere Richtungen gebraucht, haben sie nur einen polizeilich-denunziatorischen Sinn. So kommt es der braven „Norddeutschen" bekanntlich gar nicht darauf an, gelegentlich die armen Deutschfreisinnigen anarchistischer Wühlerei zu bezichtigen — von den Gedanken ausgehend, daß sie oder die Personen, deren Organ sie sind, den Inbegriff aller Ordnung repräsentiren. Ganz diesem Gedankengang folgend schreibt nun auch der Amsterdamer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" über die „sozialdemokratische Bewegung in Holland". Man höre nur:

Ueber die Amsterdamer Unruhen beim Verbot des „Aufziehens" (mit denen die Sozialdemokraten gar nichts zu thun hatten, „denn gerade weil die Rädelsführer der Sozialdemokratie den Widerstand der aufgeregten Volksmenge gegen die verhaßte Polizei anfachten, erhielt dieselbe ein so bedrohendes Ansehen, daß zur Wiederherstellung der Ordnung das Einschreiten der militärischen Macht nöthig war." ... „Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit über manche politische Verhältnisse, an deren Verbesserung schon seit längerer Zeit, wiewohl ohne das gewünschte Resultat (und warum vergeblich, werter Herr?), gearbeitet wird, arbeitete jenem Versuch der Aufhetzung des Volkes in die Hand und kam den Sozialdemokraten trefflich zu Statten, deren Streben in erster Linie dahin geht, die bestehende gesellschaftliche Ordnung zu unterwühlen und den Haß gegen die gesetzlichen Autoritäten zu predigen."

Ueber Domela Nieuwenhuis: „Und doch ist derselbe schon seit etwa acht Jahren die Seele der ganzen Bewegung, denn er ist einer der wenigen, oder vielleicht der einzige wissenschaftlich gebildete Mann, welchen die anarchistische Partei (!) in Holland unter ihren Mitgliedern aufweisen kann." ... „Bei der Behandlung des Prozesses in erster Instanz bekannte sich Nieuwenhuis als den Verfasser, aber in der zweiten Instanz zog der Agitator seine frühere Erklärung zurück und ließ einen Strohmann aufmarschiren. (Umgekehrt, werther Ordnungsfreund! Nachdem wider Erwarten und sonstigem Gebrauch eine Verurtheilung erfolgt war, hielt es der wirkliche Verfasser des Artikels für seine Pflicht, sich zu nennen. Aber nicht an ihm lag der holländischen Regierung, sondern daran, den verhaßten und gefürchteten Nieuwenhuis zu treffen, deshalb ließ man den vollständig berechtigten Einwand nicht gelten.) Der Gerichtshof hielt sich aber lediglich an die erste Erklärung und bestätigte das erstinstanzliche Urtheil, welches später auch in der dritten und letzten Instanz (vor dem „Hoogen Raad") endgültig bestätigt worden ist."

Von der nichtswürdigen Behandlung, deren Opfer Nieuwenhuis im Gefängniß ist, und die selbst viele seiner politischen Gegner empört, kein Wort. Kein Wort von dem brutalen Vorgehen der Polizei gegen die holländischen Sozialisten, kein Wort darüber, ob nicht die Regierung „die gesetzliche Ordnung" durch ihre Mißwirthschaft und Taubheit gegenüber den Forderungen der Arbeiter einen großen Theil der Schuld daran trägt, daß aus dem „begeisterten Apostel der Humanität" (der nach seiner Darstellung Nieuwenhuis anfangs blos gewesen) der leidenschaftliche Agitator

---

Feuilleton.

Ein Brief von Karl Marx

Ueber die wirthschaftliche Lage Rußlands.

(Aus dem „Wjestnik Narodnoi Woli" [„Bote des Volkswille"] für die „Newyorker Volkszeitung" übersetzt von D. M.

Vorbemerkung der Redaktion des „Wjestnik".

In der Hinterlassenschaft unseres unvergeßlichen K. Marx ist ein französisch geschriebener Brief aufgefunden worden, welcher auf den Artikel der „Otetschestwennyia Sapiski"*): „Karl Marx vor dem Forum des Herrn Sukowski" Bezug nimmt, und welcher allem Anschein nach vom Autor liegen gelassen wurde, ohne je auf die Post gegeben worden zu sein. Schon seit geraumer Zeit waren wir im Besitz dieses Briefes, glaubten aber von der Veröffentlichung desselben Abstand nehmen zu müssen, da uns wohlbekannt war, daß Fr. Engels denselben Brief behufs Veröffentlichung in Rußland anderen Personen überlassen hatte.

Der Brief ist aber bis jetzt**) in der russischen Presse im Ausland nicht erschienen. Im vorigen Jahre haben unsere Genossen in Rußland den Brief wohl zum Abdruck gebracht, der größere Theil der Ausgabe ist indeß in die Hände der Polizei gerathen. Jetzt erhalten wir von unseren Kameraden die russische Uebersetzung des Briefes mit der Bitte, denselben im „Wjestnik" zum Abdruck zu bringen, da ihnen die Verbreitung desselben mißlungen, während sein Inhalt ein bedeutendes Interesse in den Reihen der sozialistischen Jugend wachgerufen hat. Es ist uns eine angenehme Pflicht, diesem Wunsch hiermit nachzukommen und die Spalten unseres Journals mit einem der Geistesprodukte des berühmten Sozialisten zu zieren. Die im Text des Briefes erwähnten russischen Schriftsteller sind: A. S. Herzen und N. G. Tschernischewski.

***

Der Brief.

Der Verfasser des Artikels „Karl Marx vor dem Forum des Herrn Sukowski" ist offenbar ein sehr scharfsinniger Mann, und wenn er in einer Darstellung, welche von der „primären Akkumulation" handelt, auch nur eine Druckseite gefunden hätte, deren Inhalt geeignet wäre, die von ihm gezogenen Schlußfolgerungen zu bestätigen, wurde er sicherlich nicht unterlassen haben, auf dieselbe hinzuweisen. Da aber eine solche im Text meines Werkes vollständig mangelte, so mußte sich der Herr mit einem Zitat aus meiner Polemik gegen einen russischen Belletristen (Alex. Herzen) begnügen, welches als Anhang zur ersten deutschen Ausgabe des 1. Bandes des „Kapital" abgedruckt war.

Welchen Vorwurf hatte ich dort gegen den russischen Schriftsteller erhoben? Keinen andern als den, daß er den „russischen Kommunismus" nicht in Rußland selbst, sondern in dem Buche des deutschen Geheimraths Herrn Haxthausen entdeckt hat, sowie daß die russische Dorfgemeinde in seinen Händen lediglich dazu dienen sollte, den Beweis zu liefern, daß der Sieg des Panslavismus dem alten, faulen Europa zur Wiedergeburt verhelfen werde.

Meine Beurtheilung dieses Schriftstellers mag die richtige, mag auch falsch sein; auf keinen Fall kann sie aber als maßgebend für meine Ansichten gelten, die ich hege in Bezug auf die „Bemühungen russischer Nationalisten, für ihr Vaterland einen besondern Weg der Entwicklung ausfindig zu machen, verschieden von dem, welchen das westliche Europa bis jetzt gewandelt" u. s. w.

Im Anhang zur zweiten Auflage des „Kapitals" habe ich mit tiefer und durchaus verdienter Achtung von dem „großen russischen Denker und Kritiker" (Tschernischewski) gesprochen. Dieser Gelehrte hat nun in seinen ausgezeichneten Abhandlungen die Frage zu lösen versucht: Muß Rußland den Uebergang zur kapitalistischen Phase mit der Zerstörung der überlieferten Dorfgemeinde eröffnen (wie das die liberalen Oekonomen wollen); oder aber, wird es Rußland wohl möglich werden, alle Kulturfrüchte der kapitalistischen Aera einzuernten, ohne die sie begleitenden Martern durchmachen zu müssen, indem es, seinen eigenen, historischen Faktoren gemäß, sich weiter entwickelt. Er selbst hat sich für die Möglichkeit des letzteren Falles ausgesprochen. Man sieht: mein verehrter Kritiker*) hätte doch mindestens mit ebenso gutem Recht aus dieser Auslassung über den „großen russischen Denker und Kritiker" folgern können, daß ich in dieser Frage seine Ansicht theile, als aus der Polemik gegen den russischen „Belletristen und Panslavisten" zu schließen, daß ich gegentheiliger Meinung bin.

Indeß, da es nicht meine Art ist, Unklarheit über meine Ansichten bestehen zu lassen, möchte ich ohne Umschweife erklären: um mir die Möglichkeit eines begründeten Urtheils über den ökonomischen Entwicklungsgang des modernen Rußland zu verschaffen, habe ich die russische Sprache erlernt und im Laufe von Jahren die offiziellen Dokumente und andere im Druck vorhandene Quellen studirt, die auf diese Frage Bezug haben. Ich bin nun zu dem Schlusse gelangt, wenn Rußland auch ferner auf der von ihm seit 1861 eingeschlagenen Bahn beharrt und auf derselben weiter fortschreitet, so wird es eine der bequemsten Gelegenheiten verlustig gehen, welche der Gang der Dinge einem Volke je an die Hand gegeben hat, um den Prüfungen der kapitalistischen Plage zu entgehen.

In dem Abschnitt über die „primäre Akkumulation" wollte ich nur den Weg zeigen, auf welchem die kapitalistische Ordnung im westlichen Europa aus der feudalen Wirthschaft sich entwickelt hat. In diesem Abschnitt wird demnach der geschichtliche Entwicklungsgang verfolgt, welcher es ermöglichte, daß die Einheit des Produzenten mit seinem Produktionsmittel zerstört wurde; der Erstere in einen Lohnarbeiter (Proletarier im modernen Sinne des Wortes), die Letzteren dagegen in Kapital verwandelt wurden. In dieser Geschichte bedeutet jede Umwälzung eine Epoche, welche als neuer Hebel für die Entwicklung der sich organisirenden Klasse der Kapitalisten dient; die Hauptgrundlage dieser Entwicklung bleibt immer die Enteignung der Klasse der Ackerbauer. — Am Ende dieses Abschnittes ist von der historischen Tendenz der kapitalistischen Anhäufung die Rede und wird gezeigt, daß das letzte Wort derselben die Umwandlung des privatkapitalistischen Eigenthums in gesellschaftliches Gemeingut sein müsse. In diesen Schlußzeilen des besagten Abschnittes werden keinerlei Beweise zu Gunsten der aufgestellten Behauptung erbracht aus dem einfachen Grunde, weil diese Behauptung selbst ja gar nichts Anderes ist, als eine allgemeine Schlußfolgerung aus einer langen Reihe von Betrachtungen über die kapitalistische Produktion.

Welche Anwendung aus diesem Grundriß konnte also mein verehrter Kritiker in Bezug auf Rußland machen? Offenbar nur diesen: Wenn Rußland dahin streben wird, ein kapitalistisches Land nach der Art des Westens zu werden (und Rußland hat in den letzten Jahren emsig an dieser Aufgabe gearbeitet), so wird es dieses Ziel nicht anders erreichen können, als auf dem Wege der Verwandlung eines guten Theils seiner Bauern in Proletarier; einmal aber unter das Joch der kapitalistischen Herrschaft gerathen, hat Rußland keinerlei Vergünstigungen für sich zu erwarten, vielmehr wird es sich den unerbittlichen Gesetzen dieser Ordnung, so gut wie alle anderen unheiligen Nationen, fügen müssen. Das ist Alles! — Meinem Kritiker genügt das aber nicht; ihm beliebt es, meinen geschichtlichen Abriß der Entstehung des Kapitalismus im westlichen Europa in eine allgemeine historisch-philosophische Theorie umzuwandeln, welche dann darauf Anspruch macht, einen unabänderlichen Entwicklungsgang für alle Völker vorzuschreiben, ohne Rücksicht darauf, welche die besonderen Bedingungen ihres historischen Daseins sind, wenn immer dieselben zu einer ökonomischen Ordnung gelangen sollen, welche die höchste Entwicklung der Produktionskraft der Gesellschaft und die größtmögliche Ausbildung des Individuums garantirt.

Ich muß aber bitten, mich entschuldigen zu wollen: eine solche Auslegung würde zu sehr ehrend, aber auch zu sehr beschämend für mich sein. Nehmen wir ein Beispiel. An verschiedenen Stellen des „Kapital" wird des historischen Schicksals gedacht, von welchem die Plebejer des alten Rom betroffen wurden. Ursprünglich waren sie freie Bauern, alle denen ein jeder seinen eigenen Acker hatte und denselben auch auf eigene Rechnung bewirthschaftete. Im Verlauf der römischen Geschichte wurden sie enteignet. Und der Gang der Dinge, welcher die Plebejer der Produktions- und Existenzmittel beraubte, hatte nicht nur die Bildung von Großgrundbesitz, sondern auch die Anhäufung bedeutender Geldkapitalien zur Folge. An einem schönen Morgen war die römische Gesellschaft in zwei große Lager gespalten: freie Habenichtse, welche außer ihrer Arbeitskraft weiter keinen Besitz hatten einerseits und Ausbeuter dieser Arbeitskraft, im Besitz aller gesellschaftlichen Reichthümer, andererseits. Was aber war die Folge? Der römische Proletarier wurde deshalb doch kein Lohnarbeiter, vielmehr ein müssiggängerischer Faullenzer, mehr zu einer Sache degradirt als das bei den „weißen Paupers" der Südstaaten Amerika's je der Fall war; auch entwickelte sich keine kapitalistische, wohl aber eine sklavenhalterische Wirthschaft. So sehen wir verschiedene historische Bedingungen sehr analoger Erscheinungen zu grundverschiedenen Resultaten führen. Indem wir ein jedes dieser Ergebnisse einzeln für sich studiren, und dann beide mit einander vergleichen, können wir sehr wohl das Räthsel lösen; niemals aber werden wir es vermögen, die Lösung vermittelst eines überall passenden Schlüssels, etwa in der Gestalt einer allgemeinen, historisch-philosophischen Theorie zu finden, deren höchstes Verdienst sozusagen in ihrem Superhistorismus bestehen würde.

Karl Marx.

***

Anmerkung des Uebersetzers.

Gegen meine Gewohnheit war ich dießmal bestrebt, soweit dies überhaupt möglich ist, den Brief wörtlich zu übersetzen, wegen der großen Wichtigkeit, welche sein Inhalt gerade für mich haben mußte. Zur Orientirung und richtigen Beurtheilung von Seiten der deutschen Leser will ich noch bemerken, daß der Artikel: „Karl Marx vor dem Forum des Herrn Sukowski" von der Feder des bekannten russischen Radikalen Michailowski herrührt und im Oktoberheft der „Vaterl. Memoiren" für das Jahr 1871 erschienen ist. Ich kann es getrost dem Leser überlassen, ob und inwiefern Rußland während dieser 15 Jahre auf der „seit 1861 von ihm eingeschlagenen Bahn weiter fortgeschritten" ist.

D. Ü.

---

*) Zu Deutsch: „Vaterländische Memoiren" — eine der angesehensten Monatsschriften in Rußland. (Der Uebersetzer.)

**) Ende 1886. (D. Uebers.)

*) In den „Vaterländische Memoiren". (D. Uebers.)

geworden, der „erbittert über die geringfügigen Resultate seiner Anstrengungen nichts weiter zu thun weiß, als das Volk gegen Polizei und Obrigkeit aufzuhetzen, überall Zwietracht und Verwirrung zu stiften und auf diese Weise die bestehende gesellschaftliche Ordnung umzuwerfen."

Nur Ermunterungen für die Polizei, und die Unterstellung, daß der „einzige Zweck" der sozialdemokratischen Agitation in Holland darin besteht, „die öffentliche Ruhe zu stören." Die liebe, gute öffentliche Ruhe!

In ihrem Pfingst-Artikel legt die „Frankfurter Zeitung" den „einsichtigen Anhängern der Sozialdemokratie" die Frage an's Herz, „an der Hand der Geschichte zu prüfen, ob sie nicht grade dadurch, daß sie aufgehört haben, an dem Befreiungskampfe des dritten Standes, dessen Ziel der demokratische Staat ist, sich zu betheiligen, auch die eigene Sache schädigen, und der Gefahr aussetzen, von der allzeit wachsamen und eifrigen Reaktion gegen das Volk ausgebeutet zu werden."

Das heißt denn doch den wahren Sachverhalt der Dinge umkehren. Keinen Augenblick hat unsere Partei aufgehört, für die politischen Forderungen der Demokratie einzutreten, jede ernsthafte Bewegung zu ihren Gunsten auf's Kräftigste zu unterstützen. Unser praktisches Aktionsprogramm besteht in der Realisirung dieser Forderungen — wer diesen untreu geworden ist, das ist das Bürgerthum, der „dritte Stand" selbst. Und einen Haupttheil der Schuld daran tragen die Heuler in der Presse, die gegen die vorgeschritteneren Parteien Phrasen anwenden, die nur der allzeit wachsamen und eifrigen Reaktion zu Gute kommen.

Ein wenig vor der eigenen Thüre gekehrt, liebe Frankfurterin!

— **Gründliche Leute sind die Russen** — wir meinen die maßgebenden Russen, die russische Regierung. Die studirende Jugend Rußlands ist bekanntlich revolutionär durchsetzt. Und wie könnte es anders sein? Der heldische Uljanow hat es bei dem letzten Prozeß gesagt, und seine Worte sind so wahr und so bedeutsam, daß wir sie hier nach dem Bericht des Korrespondenten der „Daily News" nochmals zum Abdruck bringen.

„Was treibt die studirende Jugend in die Arme der revolutionären Bewegung?" fragte er in der Verhandlung und wies in ruhiger Weise auf die unlösbaren Widersprüche im staatlichen Leben hin. „Weit geöffnet sind die Thüren der mittleren und höheren Lehranstalten; die Vergünstigungen, welche mit der Absolvirung derselben verknüpft wurden, üben ganz natürlich eine ungeheure Anziehungskraft auf die Jugend aller Gesellschaftsschichten. Voll Vertrauen betritt sie die Räume der Hochschulen, doch sofort beginnt die Enttäuschung. Die angebliche geistige Freiheit wird zu einem geistigen Gefängniß, der so empfängliche jugendliche Geist in Polizeivorschriften gezwängt, jedes freie Wort — und sei es noch so harmlos — in wie außerhalb der Universität — zum Verbrechen, das streng bestraft wird. Die an die Jugend heranschäumenden Wogen der revolutionären Bewegung wirken so erfrischend, daß es natürlich erscheint, wenn sie sich ihr anschließt in dem Bedürfniß, Protest gegen das System der Regierung zu erheben, in der Ueberzeugung, daß die Bewegung früher oder später einem Systemwechsel zuführen müsse."

Die Worte Uljanow's haben einen Widerhall gefunden in dem angstbebenden Herzen des Zaren und seiner Mitschuldigen. Hätten die Burschen Verstand, so würden sie die überwältigende, jedem Denkfähigen sich aufdrängende Wahrheit dieser Worte begriffen haben, und den tragischen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis durch Aenderung der Regierungspraxis zu beseitigen suchen. Der Zar und seine Leute haben aber eine Logik für sich. Wie einst der deutsche Kaiser, steht auch der russische Zar über der Logik. Daß Wahrheit in den Worten Uljanow's liegt — das ahnt auch das trübe Zarengehirn. Allein in seinem wahnsinnigen Glauben an die Polizei-Omnipotenz kommt der „Selbstherrscher aller Reussen" zu dem umgekehrten Schluß, als dem, welchen die gesunde Vernunft vorschreibt. Der Konflikt ist da zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Wissenschaft und dem Polizeidespotismus — der Konflikt ist unlösbar, entweder muß die Theorie oder die Praxis, die Wissenschaft oder der Polizeidespotismus fallen. Und da die Praxis die des geselbten Zaren ist und folglich die denkbar beste, und da der Polizeidespotismus für Rußland nach dem Urtheil des geselbten Zaren die einzig mögliche Regierungsform, so muß die Theorie fallen und die Wissenschaft vernichtet werden, und

Nieder mit der Gelehrsamkeit!
Nieder mit der Wissenschaft!
Nieder mit den Hochschulen!
Nieder mit den Gymnasien!
Kurz, nieder mit der revolutionären Schule, in welcher das Volk denken lernt und die Achtung vor dem geselbten Zaren und seiner heiligen Polizei verliert

— das ist jetzt die Losung der russischen Regierung, das ist jetzt ihr Programm.

Und wir sagen: von ihrem Standpunkt aus hat sie Recht. Es ist Logik darin, wenn auch nur die Logik des Wahnsinns, des tollgewordenen Despotismus.

Und wir fragen Herrn Puttkamer, ob er nicht Respekt hat vor dieser Logik und nicht in ähnlicher Weise einmal „der Sozialdemokratie ihre Quellen abgraben" will?

Wir behalten uns vor, seinem Denkvermögen gelegentlich durch „positive Vorschläge" zu Hilfe zu kommen.

— **Konsequenz und Ehrlichkeit** erheischen, daß, wer eine falsche Anklage erhoben hat, sobald sich deren Grundlosigkeit herausgestellt hat, die Anklage zurücksteht und die Wirkungen, welche die falsche Anklage für den fälschlich Beschuldigten gehabt hat, nach Möglichkeit wieder aufhebt und Entschädigung gibt.

Das Sozialistengesetz wurde erlassen auf Grund der Anklage, daß die Sozialdemokratie die bekannten Attentate des Jahres 1878 veranlaßt, wenigstens verschuldet habe.

Diese Anklage hat sich als falsch herausgestellt. Und neuerdings hat sogar die „Kölnische Zeitung", das oberste der preußischen Reptilblätter, und die „Leipziger Zeitung", das amtliche Organ der sächsischen Regierung, aus der Feder eines schriftstellernden Spitzels lange Artikel gebracht, in welchen authentisch und mit Benutzung amtlicher Quellen der Beweis erbracht ist, daß weder Hödel noch Nobiling etwas mit der deutschen Sozialdemokratie zu thun gehabt haben.

Konsequenz und Gerechtigkeit würden nach Konstatirung dieser Thatsache die sofortige Rücknahme des Sozialistengesetzes und die Entschädigung der durch dieses Schandgesetz zu Grunde Gerichteten oder schwer Geschädigten erheischen.

Daß die Entschädigungssumme sich in die Hunderte von Millionen belaufen würde, ist kein Grund, sie nicht zu bezahlen. Und dem deutschen Volk wäre es jedenfalls tausendmal zuträglicher, wenn die 383 Millionen Mark, welche jetzt für Militär- und Kriegszwecke verpulvert werden, für die Wiederherstellung der zerstörten Arbeiter-Genossenschaften und sonstigen Arbeiterunternehmungen; für die Rückkehr von Tausenden von braven Männern, die in die Verbannung getrieben worden sind; für die Entschädigung der Tausende und Abertausende, welche dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen sind, und für ähnliche Handlungen der Gerechtigkeit verwendet würden.

Daran denkt aber das Volk nicht, welches das Sozialistengesetz geschaffen hat.

Konsequenz hat es wohl — die Konsequenz der Infamie und Brutalität — allein Gerechtigkeit kennt es nicht!

Und es wußte ja von Anfang an, daß Hödel und Nobiling keine Sozialdemokraten waren, und daß es blos eine niederträchtige Komödie war, dieselben der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen — eine ebenso niederträchtige Komödie wie bei der letzten Reichstagswahl die Kriegsfabel. Und die Urheber und Attentäter dieser beiden niederträchtigen Komödien sind dieselben Personen.

Nun, wir kennen unsere Puppenheimer. Und eines schönen Tages werden wir ihnen die Rechnung präsentiren.

Sie wird lang sein.

— **Siehe, wie niedlich ist es** ꝛc. In einem gut demokratischen Blatte finden wir folgende artige Zusammenstellung der in der letzten Zeit gegen die wiedergefundenen elsaß-lothringischen Stammesbrüder erfolgten preußisch-deutschen — sagen wir, Umarmungen.

„Ueber Elsaß-Lothringen ist seit den letzten Wahlen neben der Diktatur, welche den Normalzustand des Landes darstellt, eine Art kleiner Belagerungszustand verhängt worden, in dessen Gefolge allerhand „kleine" Spezialmaßregeln einherschreiten. Die erste war die bekannte Polizeiverordnung gegen die Gesang- und Geselligkeitsvereine, aus denen durch ein höchst kompliziertes Pressions- und Repressionssystem die französische Gesinnung ausgetrieben werden soll. Gelingt das im einzelnen Falle nicht, so muß der infizirte Patient, damit er nicht weiter ansteckend wirkt, als Kollektivpersönlichkeit sterben, ob auch seine Atome weiterleben und „wälsche Gesinnung" in den Weltgeist des elsässischen Mikrokosmus tragen. — Das zweite Reinigungsmittel sind die in letzter Zeit öfters hervorgetretenen „Landesverweisungen", welche natürlich die Zahl und den Einfluß der elsässischen „Unversöhnlichkeit" in Frankreich vermehren. Kann aber nichts helfen. — Zum dritten ist da eine Reihe von Hochverrathsprozessen — wenn wir nicht irren, waren es die ominösen dreizehn an der Zahl — wegen Mitgliedschaft bei der in Frankreich selbst stark im Niedergang begriffenen „Patriotenliga". Es bleibt noch abzuwarten, ob dieser „Conat des Versuchs des Hochverraths" (um mit der Kriminalpolizei der 20er Jahre zu reden) zu einer Verurtheilung führen wird; denn das Substrat des Prozesses ist etwas vager Natur. Mit der Landesverraths- und Spionage-Affäre Klein-Schnäbele in Straßburg haben jene dreizehn nichts zu thun. — Zwar nicht von den Erynnien des Hoch- und Landesverrathsparagraphen, aber doch von einem anderen Theile des Strafgesetzbuches sieht sich der Reichstagsabgeordnete Grad bedroht und ist deshalb zur Zeit in französischen Blättern der Held des Tages. Er hat, schrecklich zu sagen, in einer Wahlsitzung die deutschen Feldwebel beleidigt. — In Metz wurden ein Bauer und sein Sohn wegen (von ihnen bestrittener) schwerer Irreverenz (Unhöflichkeit) gegen ein Bild zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. (Siehe eine Stelle in Tacitus' Annalen, welche einen merkwürdig analogen Prozeß mit freisprechendem Ausgange erzählt.) — Ebendaselbst, d. h. „in sämmtlichen Schulen des deutschen Sprachgebiets" (Lothringens) ist nach der „Kölnischen Zeitung" das Verbot der französischen Unterrichtskurse, welche nach Unterdrückung in den Schulen privatim von den Leuten eingerichtet wurden, von Neuem eingeschärft worden und soll auf's Strengste durchgeführt werden. Warum es den Kindern eines an Frankreich stoßenden Grenzlandes verwehrt sein soll, französisch zu lernen, während doch in fast sämmtlichen Schulen Alt-Deutschlands das Französische obligatorisch ist, geht über unseren Horizont. — Zuletzt mag die Abdankung des Bürgermeisters von Mülhausen, Herrn Mieg-Köchlin ist einer der angesehensten und tüchtigsten Männer des Elsaß und er weicht, wie die „Kölnische Zeitung" aus Straßburg meldet, der Mittheilung des Bezirkspräsidenten in Colmar, daß Mülhausen zu denjenigen Städten gehöre, für welche die Ernennung von Bürgermeistern in Aussicht genommen sei, die nicht Mitglieder des Gemeinderaths seien. Dem Bundesrath soll nach derselben Meldung ein Gesetzentwurf zugehen, welcher das französische Gesetz vom 22. Juli 1870 — das Schreckensjahr! — aufhebt, wonach die Bürgermeister aus den Mitgliedern des Gemeinderaths genommen werden müssen. Und die „Straßburger Post" bringt die wundersame Mittheilung, zum wohlregierenden Bürgermeister von Mülhausen sei der durch die Tabaksmanufaktur in Straßburg berühmt gewordene Regierungsrath a. D. Roller ausersehen worden. Wir glaubten's aber nicht; denn heute ist nun auch richtig, daß Kreisdirektor Hack zum Bürgermeistereiverwalter in Mülhausen ernannt wurde. — Endlich soll „die Freizügigkeit des Lehrpersonals zwischen Preußen und dem Reichslande angebahnt werden", was ein sehr schöner Ausdruck für eine in der Praxis äußerst scharfkantige Sache ist. „Der preußische Schulmeister hat bei Königgrätz gesiegt" und wird nun auch im Elsaß siegen; dort hatte er aber das Zündnadelgewehr bei der Hand, und der Lehrsatz wird neuerdings von erfahrenen Männern wie Eduard Sack überhaupt in Zweifel gezogen." — —

— **In klerikalen Kreisen** erwartet man, wie der „Westf. Merkur" schreibt, nach der Annahme der letzten kirchenpolitischen „Novelle" die **schleunige Rückberufung** der, im Anfang der siebenziger Jahre aus ihren Klöstern verbannten **kirchlichen Orden und Kongregationen, zunächst der Franziskaner und der Kapuziner.** Später kommen dann natürlich die **Jesuiten.**

Wie wär's, Herr v. Gneist, wenn man die Enthüllung des Hutten-Denkmals auf den Tag ansetzte, wo die Jesuiten als Sieger in's Reich einmarschiren? Herr von Wildenbruch würde gewiß so freundlich sein, eine der Feier des Tages entsprechende Einzugs-Jubelhymne zu dichten. Wenn es denn einmal prostituirt sein soll, dann auch gleich ordentlich.

— **Und das sind unsere Richter!** Ein Redakteur der Berliner Freisinnigen Zeitung ist auf Grund eines Artikels gegen das infame Treiben der Reptilienpresse bei der Kriegshetze vom Berliner Landgericht I zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden, wegen — **Bismarcksbeleidigung.** Die Urtheilsbegründung ist eine wahre Perle von Rabulistik und verdient, tiefer gehängt zu werden. Es heißt da:

„Schon im Anfang des Artikels wird mit den Worten — „„Ein leiser Wink aus dem Preßbureau genügt, und sofort geht auf der ganzen Linie der Spektakel wieder los"" — darauf hingewiesen, daß der Grund zu dem „nichtsnutzigen" Auftreten der Reptilienpresse nicht in dieser selbst, sondern an einer andern höheren Stelle zu suchen sei. Fürst Bismarck wird zwar hier noch nicht genannt, er ist aber offenbar **gemeint,** da es eine notorische Thatsache, deren Kenntniß der Verfasser bei jedem seiner Leser voraussetzen durfte und unzweifelhaft voraussetzte, daß das Preßbureau eine Einrichtung der Regierung ist, welche unter der obersten Leitung des Reichskanzlers steht. Der Sinn der Worte: „ein leiser Wink pp." ist daher kein anderer als der, daß noch den aus dem Preßbureau ergehenden Anweisungen des Reichskanzlers in sämmtlichen Organen der Reptilienpresse der Spektakel losgehe."

Fein deduzirt, nicht wahr? Es sind aber auch erfahrene Meister der Rechtsdrehung, die das zustande gebracht. Voran Landgerichtsdirektor Lütty, wenn wir nicht irren, der erste Ehrenretter Ihring-Mahlows; dann Landgerichtsrath von Makomaski, bekannt aus der weiland weltberühmten siebenten Deputation, und drittens Landgerichtsrath Markstein, der so feinfühlig ist, daß er einmal schon darin eine Bismarcksbeleidigung fand, daß jemand gesagt, er fände irgend eine Aeußerung unpassend vom Reichskanzler. Man sollte für so talentvolle Rechtsgelehrte einen eigenen Orden stiften — einen Orden zum St. Eselobar.

Die so gewandten Herren werden sich auch zweifelsohne leicht mit dem Einwand der „Freisinnigen Zeitung" abfinden, daß:

1) Das Preßbureau gar keine Einrichtung des Reiches, sondern des preußischen Staates ist.

2) Der Reptilienfond nicht vom Reich, sondern von der preußischen Regierung ressortirt.

3) Das literarische Bureau des Staatsministeriums speziell unter der Oberleitung Putty's steht.

4) Das Preßbureau in der Person des Herrn Konstantin Rößler seinen eigenen Direktor hat.

Thut alles nichts, werden sie darauf antworten, wer von dem Leiter der Reptilienpresse spricht, kann nur den Reichskanzler meinen. Folglich ist jeder Angriff auf die Reptilienpresse eine Beleidigung des Reichskanzlers.

Und jeder vernünftige Mensch wird ihnen zustimmen.

— **Sie sitzen im Rohr und schneiden sich Pfeifen,** die biedern deutschen Zuckerbarone. „Im Reichstage," schreibt die „Freisinnige Zeitung" vom 27. Mai, „waren die Zuckerinteressenten am Mittwoch darin einig, daß ohne die auch in der neuen Regierungsvorlage beibehaltene Prämie von mindestens 5 M. auf den Doppelzentner Zucker, d. h. ohne eine Unterstützung der 400 Zuckerfabriken im Betrage von jährlich 30 Millionen Mark aus der Reichskasse und den Taschen der inländischen Zuckerkonsumenten die Zuckerindustrie nicht bestehen könne. Angesichts dessen werden uns Abschriften von zwei Bilanzen von Zuckerfabriken für das Jahr 1886 zugesandt. Die pommer'sche Provinzialzuckerei war darnach in der Lage, auf ihr Aktienkapital von 2,400,000 M. **20 Prozent Dividende** zu ertheilen und außerdem noch 4 Prozent zu Tantiemen und Gratifikationen zu verwenden. Die Dessauer Aktienzuckerraffinerie brachte es bei einem Aktienkapital von 2,400,000 M. auf ein Gewinnsaldo von 1,095,000 M., also von mehr als **40 Prozent.** Außerdem wurden noch erübrigt zu Gewinnbetheiligungen und Tantiemen 277,323 M., zu Amortisationen 253,669 M. Abgesehen hiervon, war die Fabrik in der Lage, auf das gesammte Baukonto noch 10 Prozent abzuschreiben."

Die haben die Staatshülfe freilich sehr nöthig.

— Jetzt, nachdem **drei der Freiberger Verurtheilten** — Dietz, Heinzel und Müller — ihre Strafe verbüßt haben und, ohne an ihrer Gesundheit Schaden gelitten zu haben, ihren Familien und ihrem Beruf zurückgegeben worden sind, befinden sich noch sechs Opfer jenes schmachvollen Justizverbrechens im Gefängniß: die zu neun Monaten verurtheilten Auer, Bebel, Frohme, Ulrich, Viereck und Vollmar. Davon Letzterer in München, Frohme in Frankfurt und die Uebrigen in Zwickau. Wir können die erfreuliche Mittheilung machen, daß sich Alle, „den Umständen nach," des besten Wohlseins erfreuen. Viereck, der seines alten Leidens wegen ins Hospital überführt werden mußte, ist wieder genesen. Mit Ausnahme Ulrich's, der erst zu Beginn des Jahres in's Gefängniß ging und im Februar zur Pflege seiner schwer erkrankten Frau einen vierwöchentlichen Urlaub erhielt, werden sämmtliche Gefangene den 17. oder 18. August entlassen werden — Ulrich erst Ende Oktober.

— **Die Nachrichten aus Belgien** lassen noch keinen sicheren Schluß auf den Fortgang der Streikbewegung für das allgemeine Stimmrecht zu. Während sie im Bassin des Zentrum und von Lüttich zuzunehmen scheint, soll man in Charleroi und im Borinage von der Idee des Streiks zurückgekommen sein. In Brüssel, in Antwerpen, in Gent und an vielen anderen Orten haben Demonstrationen für die Streikenden und das allgemeine Stimmrecht stattgefunden, ohne daß es jedoch daselbst zu Streiks im größeren Umfange gekommen wäre. In Gent haben die Mehrzahl der Fachorganisationen direkt die eigene Betheiligung am Streik abgelehnt, sich aber bereit erklärt, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen. Aehnlich lauten die Beschlüsse des Generalraths der Arbeiterpartei.

In anarchistischen Blättern, sowie im Pariser „Cri du Peuple" werden gegen diesen Vorwürfe erhoben, daß er nicht entschieden genug vorgehe, daß er die Arbeiter „einschläfere" statt aufzurütteln, kurz, daß er Schuld sei, wenn der Streik nicht schneller um sich greife. Die guten Leute vergessen, daß sich ein Streik noch weniger wie sonst eine Volksbewegung von oben befehlen läßt — und daß sie mit ihren Vorwürfen gegen den Generalrath ihren eignen Theorien ins Gesicht schlagen. Dieser kann, nachdem der Streik gegen seinen Rath ausgebrochen, nichts thun als die Thatsache anzuerkennen und die Ratifizirung des Geschehenen der Arbeiterschaft selbst überlassen. Bei letzterer allein liegt es jetzt, ob sie sich dem Vorgehen ihrer Brüder in den Grubendistrikten anschließen will oder nicht. Thut sie es nach allem, was geschehen, nicht aus eigner Initiative, so würde sie es auch auf Aufforderung des Generalraths nicht thun, der es übrigens an Ermunterungen zur Unterstützung der Bewegung nicht hat fehlen lassen.

Zudem ist der Streik gar nicht das Wesentliche der Bewegung. Er ist nur das Gewand, nicht der Inhalt derselben. Es gibt auch außer ihm noch andere energische Formen der Agitation und Demonstration, und da die Arbeiter Brüssels ꝛc. durch ihr vorläufiges Fortarbeiten den Kohlenarbeitern keinerlei Konkurrenz machen, so wäre damit noch nichts verloren, wenn sie nur sonst mit derjenigen Kraft und Energie auftreten, die nöthig ist, den Streikenden einen moralischen Rückhalt zu gewähren, ihnen Muth und Selbstvertrauen einzuflößen. Dazu ist aber erforderlich, daß die Versammlungen zu Gunsten des Wahlrechts und der Amnestie statt von Tausenden, von Zehntausenden und mehr besucht werden.

Bis jetzt ist das indeß nicht geschehen, die Versammlungen und Manifestationen in der Hauptstadt waren nicht so imposant, als wir erwartet haben, und wenn sich das nicht bald ändert, dann ist die Erhebung für diesmal verloren.

Am Sonntag haben die belgischen Fortschrittler getagt und die Berechtigung ihres Namens dadurch erwiesen, daß sie die Forderung des allgemeinen Stimmrechts mit 317 gegen 127 Stimmen abgelehnt haben. Nach langem Hin- und Herreden einigte man sich dahin, das Stimmrecht für Alle, die lesen und schreiben können, zu verlangen.

Das ist echt doktrinär. Eine Erschwerung des Stimmrechts, die den Reaktionären nichts schadet, und den Radikalen nichts nützt. Das bloße Lesen und Schreiben macht noch nicht den intelligenten Wähler, die Komplizirung der Wahlarbeit durch Examenablegung ꝛc. kommt nur den Besitzenden zu gute. —

Die belgische Regierung läßt offiziös verbreiten, sie habe den Prinzen von Arenberg nach Berlin geschickt, um die preußische Regierung über den Charakter der Bewegung zu „beruhigen" und mitzutheilen, daß man hoffe, ihrer mit eigenen Mitteln Herr zu werden. War man in Berlin wirklich so nervös? Hat man vielleicht gar mit rührendem Diensteifer seine Hülfe im Voraus angeboten? Daß gewisse Leute in Berlin am liebsten den Universalgensdarm machen möchten, ist ja bekannt.

Indeß ist noch eine andere Lesart möglich, die nämlich, daß der Arenberg nach Berlin gereist ist, um von dort „Beruhigung" zu holen. Jedenfalls wird zwischen Berlin und Brüssel eifrig konspirirt — die Gottesgnaden-Internationale ist sich ihrer Solidarität sehr gut bewußt. Wenn es nur die Internationale der Proletarier „von Gottes Zorn" ebenso wäre. — —

— **Der Marx'sche Brief,** oder vielmehr das Marx'sche Antwortschreiben auf einen gegen seine historischen Darlegungen im „Kapital" gerichteten Angriff, das wir im Feuilleton unserer heutigen Nummer veröffentlichen, ist zugleich auch eine treffende Antwort auf den ihm von allerhand Kritikern und Kritikastern gemachten Vorwürfe der Einseitigkeit, des Fatalismus ꝛc. ꝛc. Er zeigt, wie wenig Marx schablonisirte, wie wenig es ihm einfiel, wichtige Kulturepochen auf blos formelle Aehnlichkeiten hin über einen Kamm scheeren zu wollen, wie er — was bei einem Denker von seiner Bedeutung übrigens selbstverständlich — bei seinen Untersuchungen neben den fundamentalen wirthschaftlichen Faktoren auch alle sonstigen Umstände sorgfältig in Betracht zog, die auf das Leben und die Entwickelung der Völker von Einfluß sind. Der Brief ist eine Antezipation auf viele später erfolgte Angriffe, unter anderem des Professor Menger in Wien in seinem „Recht auf den vollen Arbeitsertrag." Auch G. Rouanet, der in dem neuesten Heft der „Revue Socialiste" an Marx seine Zähne wetzt, und dem dabei das Malheur passirt, Marx als Jünger der historischen Rechtsschule hinzustellen, ihn, der schon 1844 von derselben schrieb: „Eine Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimirt" — wird diesen Brief mit Frucht lesen.

Was die Frage anbetrifft, welche den Anlaß zur Kritik Michailowski's, bezw. Sulowski's bot, so untersteht es wohl keinem Zweifel, daß, seit Marx seine Antwort geschrieben, Rußland auf der seit 1861 von ihm eingeschlagenen Bahn mit Riesenschritten weiter fortgeschritten ist. Kein Mittel ist unversucht geblieben, aus Rußland ein kapitalistisches Land zu machen, der „Bauern-Zar" hat sich als Herren-Zar vom reinsten Kaliber gezeigt. Weniger als je ist daher Aussicht vorhanden, daß Rußland von den Plagen des Kapitalismus verschont bleiben wird. Es hat schon seine industriellen Riesenstreiks gehabt, seine Anfänge einer Arbeiterbewegung, während die Expropriation der Bauern durch die Großgrundbesitzer ununterbrochen fortgeht und durch die Konkurrenz der amerikanischen, indischen ꝛc. Lebensmittel noch gefördert wird.

— **Von Nah und Fern.** Der **Danziger „Geheimbundsprozeß"** hat mit der Aburtheilung von 3 der Angeklagten zu 2 Monaten, 3 zu 6 Wochen und 14 zu 1 Monat Gefängniß geendet. Von der Höhe der Strafen kann man auf die Beschaffenheit des Belastungsmaterials schließen. Es blieb selbst hinter den bescheidensten Ansprüchen zurück. Nichts, rein gar nichts, als harmlose Besprechungen über die Reichstagswahl. Und deswegen Einsperrung des Wahlkomites und achtwöchentliche Untersuchungshaft — es ist ein Hohn auf den Begriff Rechtspflege! Inzwischen geht die Geheimbunds-Suche lustig fort. Jetzt hat man in Meerane und Hannover solche entdeckt. „Wo ihrer drei beisammensteh'n, sie müssen auseinandergehn." — **„Hohenzollernglück."** Unter diesem Titel stehen in den Schaufenstern loyaler Buchhändler, und es hat deren nicht nur in Passewalk, sondern auch in Zürich, Photographien aus mit dem alten

Wilhelm, dem jungen Wilhelm und des letzteren Frau und Sprößlingen. „Unser Fritz" und seine Frau fehlen. Soll das eine zarte Andeutung sein, daß der unglückselige ewige Kronprinz, mit dessen Hals es ohnehin bedenklich steht, sich trollen kann, ohne daß das Bismarck-, pardon Hohenzollernglück beeinträchtigt wird? Soviel ist sicher, daß für den jungen Wilhelm die Reklametrommel bereits lebhaft in Bewegung gesetzt wird; da er zur Bismarksippe hält, behaupten die Reptilien, er sei „sehr bedeutend." Das sagt die Potsdamer Bäckerstochter auch. —

Korrespondenzen.

Cottbus, 20. Mai. Nun endlich kommen auch wir an die Reihe, ein Bild von unserer Wahlbewegung zu entrollen. Wie überall, so wüthete auch hier die Reaktion, sie bildete sich wirklich ein, durch Gewaltmaßregeln den Fortschritt unserer Partei hemmen zu können, doch hat sie sich gewaltig getäuscht.

Nachdem der Reichstag aufgelöst war, blieb es die erste Zeit sehr ruhig. Die Gegner, wie es uns schien, trauten sich nicht hervor, und so machten wir denn 14 Tage vor der Wahl den Anfang, und beriefen eine Wählerversammlung ein. Wir hatten die feste Hoffnung, daß die Versammlung nicht verboten werde, da wir vorher von der Polizei die Versicherung erhielten, sie könne tagen, doch wir wurden eines Besseren belehrt. Am Abend der Versammlung — der Saal war bereits so dicht gefüllt, daß verschiedene Hundert, welche ihr beiwohnen wollten, wieder umkehren mußten — erschien plötzlich kurz vor Eröffnung der zur Ueberwachung geschickte Polizeibeamte und überreichte dem Einberufer die Verfügung, daß die Versammlung laut § 9 Absatz 2 des Schandgesetzes verboten sei; Gründe: weil der Einberufer ein notorischer Sozialdemokrat und der Referent, Kräker, ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion sei. Als dies der Versammlung bekannt gemacht wurde, erhob sich ein furchtbarer Sturm der Entrüstung, Alle erhoben die Fäuste gegen die Beamten, und nur mit großer Mühe war es den Genossen möglich, die Ruhe wieder herzustellen. Es war eine Versammlung, wie sie Cottbus noch nicht gesehen. Schließlich trennten sich die Leute unter fortgesetzten Hochrufen auf unseren Kandidaten **Ernst Breil** und unter Absingung der Arbeiter-Marseillaise.

Ein paar Tage später beriefen wir gleich eine zweite Versammlung ein, in welcher unser Kandidat sprechen sollte, aber auch diese wurde uns kurz vor der Eröffnung verboten, mit der Begründung, daß der Einberufer Vorsitzender des Maurer-Fachvereins sei und ein hiesiger Parteigenosse seine Zusicherung gegeben habe, an der Versammlung Theil zu nehmen. — Wir beschlossen nun, im ganzen Wahlkreis ein Wahlflugblatt zu verbreiten; dasselbe wurde uns aber konfiszirt und erst den letzten Tag vor der Wahl wieder freigegeben. Wir waren jedoch unterdessen nicht müßig gewesen und hatten ein anderes Flugblatt in ziemlich großer Auflage verbreitet; und als das erste frei kam, wurde das auch noch verbreitet, wir waren somit mit Flugblättern genügend versehen.

Nachdem uns die Versammlungen verboten worden und Alles in Arbeiterkreisen rege wurde, fingen auch die Gegner an, sich bemerkbar zu machen. Zuerst beriefen die Deutschfreisinnigen eine Versammlung ein, welche von uns sehr stark besucht war. In dieser Versammlung sollte ihr Kandidat, Justizrath Frommer, referiren, der auch seine Rede ganz schön auswendig gelernt hatte. Er machte jedoch nicht den besten Eindruck. Als ihm von unserer Seite die Frage vorgelegt wurde: Wie verhält sich die deutschfreisinnige Partei zum Arbeiterschutzgesetz? war er nicht in der Lage, sie zu beantworten, sondern schützte vor, er sei krank und könne nicht mehr weiter sprechen, und an Stelle seiner ergriff einer seiner Freunde das Wort und erklärte in kläglichem Tone, das Arbeiterschutzgesetz sei auf nationalem Wege nicht durchführbar, es sei doch besser, wenn die Frau mit arbeiten gehe u. s. w. u. s. w. Hierauf antworteten ihm zwei hiesige Genossen und proklamirten zugleich unseren Kandidaten, worauf die Versammlung ein Hoch auf unseren Kandidaten ausbrachte und somit mehr zu unsern Gunsten als zu Gunsten der Liberalen ausgefallen war.

Am Wahltag den 21. Februar besetzten wir die nächstliegenden Dörfer mit Leuten, die Stimmzettel austheilen und auch nach Schluß der Wahlurne die Stimmen zählen sollten, aber o weh, der saubere Herr Landrath des hiesigen Kreises hatte seine Räuberbande bereits instruirt, und so sorgten die Dorfschulzen dafür, daß unsere Leute, wo es irgend anging, aus dem Dorfe herausgehauen wurden, und bei dem Stimmenzählen noch Vieles geschieht gemogelt werden konnte. Die beiden Städte Kottbus und Spremberg gaben aber doch den Ausschlag, und so kamen wir dann zur Stichwahl. Da zeigten denn nun unsere Herren Deutschfreisinnigen ihren Freisinn, indem sie bei der Stichwahl sämmtlich für den Konservativen, Landrath v. **Funke**, stimmten. Die nahe an tausend Stimmen, welche wir mehr erhielten, waren nur von Arbeitern, welche in der Zwischenzeit eines Besseren belehrt worden, und so hoffen wir, die Stimmenzahl, welche wir bei der Stichwahl hatten, bei der nächsten Wahl bereits im ersten Wahlgange zu erhalten.

Nun kommen wir zum 2. März, bezw. zur Stichwahl. Der biedere Landrath v. Funke, welcher selten nüchtern ist und in seiner Besoffenheit gar häufig seine Leibwäsche — beschmutzt, die nachher der Diener ausputzen muß, dieser Patron, der Gegenstände, die er zur Vertheilung an die armen Kinder erhalten, statt dessen auf den Boden wirft, wo sie dann schließlich verfaulen, dieser pflichttreue Beamte und seine konservativen Erzhaiducken stellten alles Mögliche an, um uns die Agitation auf dem Lande abzuschneiden. Der Bursche gab den Dorfschulzen Befehl, sobald sich einer von den Sozialdemokraten mit Stimmzetteln oder Flugblättern sehen lasse, ihn sofort herauszutreiben — wo es Funke nicht that, da thaten es die Gutsherren — und so waren denn auch die Bauern in unserer wendischen Wallachei gut instruirt. Als wir mit Flugblättern auf die Dörfer kamen, wurden verschiedene Genossen durchgeprügelt und zum Dorfe hinausgejagt; an den Wahllokalen auf den Dörfern wurde kein einziger unserer Genossen gelitten, die Bauern mußten dafür sorgen, daß keiner dableiben konnte. Man wird hieraus sehen, mit was für einer Sorte Menschen wir hier zu thun haben; wir haben hier noch ein schweres Stück Arbeit vor uns, aber auch das werden wir bewältigen. Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all', der kühnen Bahn nur folgen wir, die uns geführt Lassall'!

Mit einer öffentlichen Versammlung trauten sich dagegen die Herren Konservativen gar nicht anzufangen. Da sie in der Versammlung, welche sie 1884 hier einberufen hatten, von uns gründlich heimgeleuchtet worden, zogen sie es vor, eine Versammlung zur Stichwahl während der Arbeitszeit Vormittags 11 Uhr, und zwar an einem Wochenmarkttage, wo die Bauern alle nach der Stadt kommen, einzuberufen. Zu dieser Versammlung hatten sie speziell die Dorfschulzen eingeladen, und die Bauern, welche nicht in die Versammlung kommen wollten, holten sie gleich von dem Markt fort. Der Zutritt war nur konservativen Wählern gestattet, und ehe die Arbeiter Mittags von der Arbeit kamen, hatten die Herren schon die Versammlung geschlossen. Dies zeigt recht deutlich die Feigheit dieser Hallunken, Opposition können sie durchaus nicht vertragen. Trotz diesen Chikanen und Mißhandlungen, welche wir bei der Wahl zu ertragen hatten, haben wir doch nun eine ganz ansehnliche Stimmenzahl für unseren Kandidaten aufgebracht. In unserer Stadt hatten wir bei dem ersten Wahlgang allein über 1000 Stimmen, unser Wahlkreis Kottbus-Spremberg hatte 1887 im ersten Wahlgang 3969 Stimmen, und bei der Stichwahl 4933 Stimmen.

Wie jetzt allenthalben, so hatten sich auch hier vor sechs Wochen einige Genossen wegen „Verbreitung verbotener Schriften" und wegen „Vergehen gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz" vor Gericht zu verantworten. Im vergangenen Sommer hatten sich einige Genossen in ein nahe gelegenes Dorf begeben, um frische Luft zu genießen, und waren dort mit einigen Bauern zusammengekommen, mit denen sie, wie es ja so üblich ist, sich über politische Fragen unterhielten. Sie lernten dort noch mehr Bauern kennen und gingen einen späteren Sonntag wiederum hin. Man hatte nun wohl hier und da im Dorfe davon gesprochen, denn als den zweiten Sonntag ein paar Genossen von hier hinkamen, bemerkte man mit Erstaunen, daß schon die ganze Gensdarmerie aufgeboten war, um das Land zu retten. Unsere Genossen begaben sich in's Freie und trafen dort noch mehrere Bauern, sie sprachen mit ihnen über gleichgültige Sachen, wie man sie alle Tage in den Zeitungen liest, gaben ihnen wohl auch einige Exemplare der „Märkischen Volksstimme" zu lesen, und — ein paar Monate später standen ein hiesiger Genosse sowie auch zwei Bauern von dem erwähnten Dorfe unter Anklage der Verbreitung verbotener Schriften und Abhaltung einer geheimen Versammlung. Man hatte ihnen 18 Zeugen gestellt, trotzdem fehlte es an genügendem Beweismaterial, und so war leider nichts zu machen. Der Staat war einmal nicht gerettet, und unsere Genossen gingen mit heiler Haut davon.

Es geht trotz aller Chikanen wieder ruhig weiter. Also aufgepaßt, Ihr Ordnungshelden!

Die mit Spreewasser Getauften.

Elberfeld. Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß da, wo sich die Fabrikbesitzer ihren Arbeitern gegenüber anständig verhalten, deren Meister es sind, welche in Punkto Schmarotzerei das Nöthige nachzuholen suchen. So sehen wir uns heute veranlaßt, den Raum des Parteiorgans in Anspruch zu nehmen, um das skandalöse Treiben eines solchen Meisters, eines gewissen **Schöpp**, von der Firma Schlieper und Baum, hier, an's Tageslicht zu ziehen.

Dieser Sch—öpp ist ein Parteigenosse des großen Lügenpropheten Stöcker. Bei der letzten Reichstagswahl hatten wir von diesem Menschen viel auszustehen. Denjenigen, die Soldat gewesen, predigte er vor, sie müßten doch wissen, daß sie dem Kaiser Treue geschworen und infolge dessen Harm nicht wählen dürften. Als Einige erwiderten, es sei doch eine freie Wahl, gab er zur Antwort, wenn sie für den „verlogenen Sozialdemokraten" stimmten, müßte er sie dem Herrn melden, worauf sie sofort entlassen würden. Das war ein frecher Schwindel, denn bei Gelegenheit eines Arbeiterjubiläums haben zwei der Chefs der genannten Firma erklärt, daß sie sich um die politische Stellungnahme der Arbeiter nicht bekümmerten, in dieser Hinsicht könne jeder machen, was er wolle. Um aber allen Chikanen aus dem Wege zu gehen, erklärten die Leute, sie würden für Peters stimmen, und triumphirend meinte der hornirte Patron zu seinen Untermeistern, er habe jetzt seine Arbeiter bekehrt, früher hätten sie Harm gewählt, während sie diesmal Peters wählen wollten. Denjenigen, die etwas beschränkt sind, gab er den Stimmzettel in die Hand und sagte, nur diesen sollten sie abgeben und keinen andern annehmen. Als er sich nun am Tage nach der Wahl getäuscht sah, da sagte er, **man müsse die ganze Bande zum Teufel jagen**, damit sie 'mal aushungern könnten, oder man müsse sie an einen Laternenpfahl aufhängen. Sehr „christlich", nicht wahr? Aber noch christlicher versteht sich dieser saubere Sch—öpp auf seinen persönlichen Vortheil, wie daraus hervorgeht, daß fast sämmtliche Lieferanten und Handwerker, die für die Firma Aufträge erhalten, ihm ihren Zehnten gewähren müssen. So mußte der frühere Lapping-Lieferant auch dafür sorgen, daß dem ehrenwerthen Meister Sch—öpp seine Kisten und Kasten mit der nöthigen Leinwand gespickt wurden. Der Klempnermeister D. mußte seine Haushaltung mit den nöthigen Blechgerätschaften versehen, widrigenfalls es mit Aufträgen windig aussah. D. schleppte zu Weihnachten ganze Körbe Porzellan- und Blechwaaren zu dem sauberen Meister. Die Firma braucht nur die Rechnungen von dem früheren und dem jetzigen Klempnermeister zu vergleichen. Der Fabrikant P. mußte ihm die **Nähmaschine** liefern, natürlich auf Generalunkosten. Hat besagter Fabrikant eine Maschine in Reparatur, so schickt er sie wieder, ohne etwas daran gemacht zu haben; können dann die Arbeiter noch immer nicht damit fertig werden, so wird sie zum zweiten Mal in Reparatur genommen, es gibt das natürlich doppelte Rechnung, dafür hat er auch die Ehre, intimer Freund dieses tugendhaften Patrioten zu sein.

In gleicher Weise muß sich der Buchdeckermeister R. für Gefälligkeiten revanchiren und ihm Pferd und Wagen zu Spazierfahrten stellen. Herr B., der Haferlieferant, muß natürlich auch sein Scherflein für den Herrn beitragen. Besagter hat Spezereigeschäft und Wirthschaft, da geht denn der Brave mit seiner ganzen Familie hin und restaurirt sich ordentlich. Ein Arbeiter, welcher früher bei der Firma beschäftigt war, fing eine Wirthschaft an, war aber schon nach zwei Jahren ganz abgewirthschaftet. Nun wandte er sich an Meister Schöpp und fragte um Arbeit an, worauf dieser ihm sagte, er hätte keine Arbeit für ihn. Als er ihm aber einen Theil von seinem bei Seite geschafften Bier und Liqueur spendirte, konnte er sofort anfangen. Unvorsichtigerweise erlaubte er sich aber zu viel Freiheit, so daß die Sache den andern Arbeitern auffallen mußte, dem Meister wurde daher etwas schwül und er suchte sich daher seiner wieder zu entledigen. Jemand kaufte sich einmal ein Paar Holzschuhe. Die Verkäuferin fragte ihn, wo er arbeite; als er ihr dieses sagte, meinte sie, ob er mit dem Meister Schöpp nicht einmal sprechen wollte, daß ihr Sohn auch dorthin kommen könnte, es käme ihr auf ein paar Mark nicht an. Besagter mußte dies natürlich verweigern, jedoch gab er der Frau den Rath, sich selbst an den Meister zu wenden und einen Schinken daran zu wagen; einige Tage darauf war der Sohn bei dem Ehrenwerthen angestellt. Zur Händlerin, zu welcher Gefragter einige Tage später kam, sagte derselbe: Nun, der Schinken hat geholfen, was sie bejahte, ihn aber bat, nicht weiter davon zu sprechen.

In ähnlicher Weise werden die Arbeiter, namentlich wenn sie nebenbei einen kleinen Handel treiben, christlich-sozial „erleichtert", worüber wir Dutzende von Beispielen anführen könnten. Jedoch wollen wir mit dieser kleinen Blumenlese für diesmal schließen und jetzt zu einem anderen Thema kommen. Ehrenmann-Schöpp gedenkt in nächster Zeit seine **silberne Hochzeit zu feiern**, wozu den Arbeitern alle 14 Tage ihre Groschen abgezwackt werden. Dieses Geschäft wird von den Getreuen des Meisters ausgeführt, und wehe dem Arbeiter, welcher sich nicht daran betheiligt!*) Einem 16jährigen Arbeiter, der erst eine Woche in der Fabrik thätig war, wurde von seinem Meister erklärt, er müsse auch mit zur silbernen Hochzeit beisteuern. So brachten es die Arbeiter aus ihren mühsam erworbenen Groschen bis zu 700 oder 800 Mark, wovon die eine Hälfte zu Geschenken, die andere Hälfte zu Festlichkeiten verwandt werden sollte, wie in einer Versammlung der Getreuen beschlossen wurde. Einen Tag nach dieser Versammlung war aber Schöpp davon in Kenntniß gesetzt, und gab seinen Handlangern einen anderen Rath. Er meinte, sie möchten doch von dem Feste Abstand nehmen, da er sonst ja gezwungen wäre, sich zu revanchiren, was nicht in seinen Mitteln stände. So schnell wie nur möglich beriefen diese getreuen Mitchristen eine Versammlung ein, in welcher beschlossen werden sollte, von dem Feste abzusehen. Die eine Hälfte der Versammelten, welche diesen Gaunerstreich nicht begriff, wollte auch weiter nichts davon wissen. Die andere Hälfte sagte, dann brauchen wir auch nichts mehr aufzulegen. Infolge dieser Zersplitterung hat sich ein großer Theil zurückgezogen, aber es werden trotzdem zu seiner silbernen Hochzeit noch 600 Mark aufgebracht, ohne das, was dieser Speichellecker seinen Arbeitern von ihren mühselig erworbenen Groschen sonst noch abgezwackt hat.

Ich möchte nur noch jeden denkenden Menschen fragen, was gehen einen Arbeiter die Familienangelegenheiten eines solchen Habichts an? Hoffentlich werden diese Zeilen die Herren Schlieper und Baum, welche sonst den Arbeitern gegenüber immer objektiv auftreten, veranlassen, diesem raffinirten Leuteschinder, der auf diese Art seine Untergebenen ausbeutet, etwas auf die Finger zu sehen, damit solcher Skandal nicht mehr vorkommt. Für diesmal genug. Ueber den Verlauf des Festes und obligaten Geschenken ein ander Mal.

Einer, dem auch seine Groschen abgezwackt wurden.

Aus dem Saar-Revier. Auch wir haben das sehr traurige Wahlergebniß im hiesigen Kreise zu rechtfertigen. Es war die allgemeine Taktik: Beeinflussung und Einschüchterung mit allen Mitteln, sogar Konfiskation von Stimmzetteln am Tage vor der Wahl, Eskortirung der Arbeiter auf dem Burbacher Werk zum Wahllokal, und damit ja nicht die verabreichten Zettel für den Regierungskandidaten noch in der Tasche vertauscht werden möchten, hieß es, **die Arbeiter müßten sie in der Hand haltend hintragen, damit sie — nicht schmutzig würden!**

Ein reinliches Manöver!

Bezüglich der in letzter Nummer erwähnten Aeußerung eines angeblichen Sozialdemokraten,**) daß die Sprache unseres Parteiorgans zu scharf sei, sind wir zuweilen ganz gegentheiliger Ansicht. Hoffentlich wird es nicht soweit kommen, daß dieser zartbesaitete „Sozialdemokrat" verlangt, das Parteiorgan solle nur Honig reden, trotzdem und die Feinde **allerwärts** keineswegs mit „Lavendelwasser" behandeln.

*) Dennoch waren es Einige, die sich dieser Bettelei entzogen. Ein Arbeiter ist nämlich durch schweres Heben in der Fabrik zum Invaliden geworden und wurde nebenbei noch von dem Büttel von Sch—öpp thätlich angegriffen und am Halse gewürgt. Als er diese Heldenthat vollbracht, ging der christliche Meister zu den Fabrikherren und machte den Arbeiter so schlecht, daß dieser noch am selben Tage entlassen wurde, so daß er jetzt dem Hunger und Elend preisgegeben ist.

**) Ist ein Irrthum. Der Vorwurf ging von keinem Genossen aus. Die Red.

Das verjagte Rothkehlchen an der Saar.

Aus Norwegen. **Bergen**, 18. Mai. Jedem Narren gefällt seine Kappe. Der Fetisch des deutschen Spießers heißt gegenwärtig Wilhelm der Ruhmreiche, der des norwegischen Bourgeois zwar nicht etwa Oskar so und so, sondern Grundgesetztag (17. Mai). Das war an diesem Tage ein Radau, wie er im Buche steht. Am 17. Mai 1817 haben nämlich 112 Männer, die ihrer bürgerlichen Stellung nach Obersten, Großgrundbesitzer, Landgerichtsräthe, Pfaffen, höhere Beamte 2c. waren, das „Joch" der dänischen Regierung abgeschüttelt und dem Lande die „freie" Verfassung (beschränktes Wahlrecht, Königthum 2c.) gegeben, welche es gegenwärtig hat. Um die Farce, welche man damals aufführte, vollständig zu machen, nahm man Bauern, Soldaten und Sergeanten, in Summa ganze 20 Prozent, unter die 112. Wenn man die Unterwürfigkeit der heutigen Bauern kennt, braucht man nicht daran zu zweifeln, daß diese 20 Prozent damals tüchtig über den Löffel barbirt worden sind. Sand in die Augen, das war die Parole, und die Wirkung hat nicht nachgelassen, nicht einmal jetzt, nachdem bald dreiviertel Jahrhundert im Land gegangen sind. Denn an der Prozession, welche sich durch die Straßen wälzte, wo den Kapitalisten das Glückschweinchen recht oft begegnete, betheiligten sich die Arbeiter in einer Anzahl, daß es geradezu beschämend war.

„**Den Bösen seid Ihr los, die Bösen sind geblieben!**" hätte ein Mephistopheles ihnen in die Ohren schreien sollen, daß ihnen das Gehirn zu wackeln angefangen, denn ich glaube, nur so wird es wieder in die richtige Lage kommen, aus der es die unverschämte Pfaffensippe gebracht hat, um sich einen Arbeiterstand heranzubilden, der nach der Pfeife der Bourgeois tanzt und für Norwegens „Freiheitstag" sein Leben lang schwärmt. Sind die letzteren doch pfiffig genug gewesen, allerhand Belustigungen für Jungen und Mädchen zu spendiren. So unverfänglich das auch aussehen mag, guckt der Pferdefuß gleichwohl daraus hervor, wenn man bedenkt, wie lange in der Jugend empfangene Eindrücke anhalten.

Die Parteigenossen in **Christiania** haben einen Protestzug arrangirt, von dessen Wirkung der „Sozialdemokrat" wohl durch unser norwegisches Parteiorgan unterrichtet sein wird. Wir hier in **Bergen** mußten uns mit einer Versammlung begnügen, da wir noch nicht stark genug sind, um nachhaltig protestiren zu können.

Die Wirkung eines im vorigen Jahre erfolgten **Bankkrachs** in **Arendahl**, einer Stadt nördlich von Bergen, war, daß den Arbeitern mit einem Male die Augen geöffnet wurden und sie viele Vereine gründeten, die numerirt sind und „Zusammenhalt" heißen. Aller Devise ist „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" und ihre Gesammtmitgliederzahl beträgt ca. 4000, wozu noch ein Frauenverein mit ca. 300 Mitgliedern kommt. Der Arendahl'sche „Zusammenhalt" hat schon einmal einen Margarinenfabrikanten mit Erfolg „geboykottet".

Wir gedenken uns mit Arendahl und Christiania durch einen Zentralvorstand zu vereinigen, unsere Losung ist und bleibt: Vorwärts!

A. Ruben.

Quittung.

Mannheim zahlte an Ort und Stelle **Mk. 75** — Unterstützung an Ausgewiesene aus, was wir hiermit dankend konstatiren.

Die Beauftragten.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen aus **Eschwege, Frankfurt am Main, Nippes, Paris.** — Frankfurt am Main: Ihre Anfrage läßt sich nicht in kurzen Worten beantworten. Wir werden die Frage gelegentlich in einem besonderen Artikel behandeln.

der Expedition: Bruder Gottlieb K.: Mk. 15 — erh. In Aussicht gestellter Bf. am 31/5. noch nicht hier. — Hexenthurm: Mk. 29 [illegible] Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Adr. u. Mehrbstllg. notirt. Bfl. Weiteres. — Mttm. Altst.: Fr. 2 10 Ab. 1/6—1/9. pr. R. R. erh. — v. d. Eiden: Mk. 110 — à Cto Ab. 2c. erh. — Fll. Zch.: Fr. 2 — Ab. ab 1/6—1/9 erh. — Berliner Blau: Mk. 54 80 div. Ab. pr. 87 erh. Mk. 90 — Gl. R. R. März, April, Mai u. Mk. 5 20 pr. Asd. dkd. verw. — Viktoria: dwsl. 3 50 Ab. 3. ab 1/6—1/9. u. Schft. erh. Hat gut Fr. 2 69. „Wetzstuhl" allerwärts vergriffen. — Thomas B.: Quittg. in Nr. 20 änderte sich auf Mk. 10 —f. Schft. u. Mk. 2 — pr. Usd. Adr. hoffentlich nun korrekt eingeprägt. — Morgenroth: Mk. 15 — à Cto Ab. 2c. gutgeschr. Bf. erw. — Veilchenstein: Mk. 200 — à Cto Ab. 2c. erh. Gewünschte Angeordnet. Adr. 2c. notirt. — F. St. Stockholm: Mk. 4 — Ab. 2. und 3. Qu. u. Mk. 6 — à Cto Schft. erh. Nachlfg. fort. Adr. geordn. — 2. R. Ehenebier: Fr. 2 50 Ab. 15/5—15/8. erh. Die jedes Quartal an der Spitze des Blattes befindliche Mahnung gilt **auch Ihnen.** „R. P.-Gen." verlangen **Sie** Kredit? **Wir** erwarten an contrairo von **diesen** Pünktlichkeit im Zahlen **vor** Anderen. — Maßkrug: 50 Mk. à Cto Ab. erh. Schritthalten angenehm. — C. B. Alb.: Mk. 4 80 pr. 2. Qu. 2c. erh. Archivsache abgelft. — A. R. Thlwl.: Mk. 1 10 Ab. pr. Mai erh. und K. besorgt. — Allg. Arb.-Ver. Schaffhausen: Fr. 25 — à Cto Ab. 2c. erh. — H. S. F.: Mk. 523 35 à Cto. Ab. 2c. gutgeschr. Beil. besorgt. Bstllg. folgt. Bfl. mehr. — Mephisto: Mk. 10 50 f. d. Opfer d. Geheimbündelei dkd. erh. Preis Mk. 4 40 pr. Quartal haben am 24/5. bereits gemeldet. Weiteres notifizirt. — Neckarschleimer: Besorgt. Adr. u. Bstllg. vorgemerkt. Bfl. Weiteres. — Berrina: Bf. v. 24/5. erh. Bstllg. u. Egrchg. nebst Adr. vorgemerkt. Bfl. Näheres. — Lionel: Bf. u. Aufstllg. v. 25/5. hier Bf. folgt. —— Clara: Bstllg. kommt nach Wunsch. Im Weiteren einverstanden. — YZD.: Rein. — Waldemar D.: Irrthum 2c. erklären. Bfl. **Unserseits** Alles besorgt. — Rother Distelfink: Fehler durch Zwischenhand. Anderer Leute Sache zur Agit. 2c. selbst verwenden ist **unbedingt** unzulässig. Wenn mans nun Ihnen auch so machte?! — Hebe: Adr. vom 29/5. notirt. Deutlicher schreiben! — Därmig: Bf. v. 27/5. erh. Betreffdr. ist an Ort und Stelle (also nicht durch uns) beauftragt worden. — Rotherbusch: Dank für Nachr. betr. S. Neuerdings nicht weiter zu sehen gewesen. — Mönus: Lt. unserer P.-K. v. 27/5. abgegg. Geschäftsgang Ihrer Branche z. Z. allerwärts schlecht.

Anzeigen.

Freunden (besonders auswärts) nur auf diesem Wege kurze

Vermählungsanzeige

von

F. Pflaum aus **Dresden** und **Christiana Pflaum**, geb. **Lemmann**

Chur (Schweiz), 28. Mai 1887.

Zürich Samstag, den 4. Juni, Abends 8½ Uhr, im kleinen Saale (1 Treppe hoch) des **Schwanen** (Stadt):

Oeffentliche

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Die Vorgänge in Belgien.

Referent: Bgr. **Bernstein.**

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschuß.

Jedermann hat Zutritt.

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.